

4.3.2005

Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Bernhard von Grünberg, MdL, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessent/inn/en für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt:

- 1. Follow-Up-Phase zum Modellprojekt „ Heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger“**
- 2. SPD und Bündnis 90 / Grüne fordern ein Rahmenkonzept zur Prävention und zum Umgang mit Suchterkrankungen Bonner Jugendlicher**
- 3. Der Bonn-Ausweis soll erhalten bleiben**
- 4. Neustrukturierung der Ambulanten Sprachheilhilfe**
- 5. Nachbarschaften stärken - Verbesserung der Kooperation in den Stadtteilen**
- 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen**
- 7. Sitzung des Integrationsrates**
- 8. Der Gesundheitsstandort Bonn wird ausgebaut**
- 9. Das Regionale Schlaganfallbüro Bonn / Köln wurde in Bonn angesiedelt**
- 10. Bonn declaration von der 1. Europäischen Konferenz zur Seniorenwirtschaft verabschiedet**
- 11. Hinweise und Links:**

1. Follow-Up-Phase zum Modellprojekt „ Heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger“

Im März endet das Bonner Modellprojekt zur Heroinstudie. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bund, Land und der Stadt Bonn, hat sich die Stadt verpflichtet, für die Zeit nach Beendigung der Studie im Einzelfall zu prüfen, wie die Weiterbehandlung der Probanden mit einer entsprechend den Ergebnissen optimalen pharmakologischen Behandlung und psychosozialen Betreuung sichergestellt werden kann.

Auch aus fachlicher Sicht ist die Weiterbehandlung der Probanden zwingend notwendig. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Verwaltung und schlägt die Weiterfinanzierung vor. Mit der Zulassung des Originalstoffes Diamorphin ist im Juni 2006 zu rechnen.

Die Gesamtkosten der Follow-up-Studienphase betragen 901.800 Euro, der Anteil der Stadt Bonn beläuft sich auf 355.900 Euro. Die restlichen Kosten in der Höhe von 545.900 Euro tragen Bund und Land.

Die Studie sei bis jetzt erfolgreich verlaufen, so die ambulante Suchthilfe von Caritas/Diakonie - Heroinambulanz.

Wohnungsbeschaffung, Ausstieg durch Vermittlung in stationäre Therapie, Schuldenregulierung sind einige der Erfolge, die die SPD-Fraktion erwartet hat und begrüßt. "Wir werden im Nachhinein noch einmal darin bestärkt, mit der Teilnahme an der Modellstudie die richtige Entscheidung getroffen zu haben," erklärt Barbara Ingenkamp, die Vorsitzende des Sozialausschusses.

Bei den Teilnehmern der Studie blieb die Beschaffungskriminalität aus. Die Befürchtungen in der Bevölkerung im Umfeld der Heroinambulanz sind nicht eingetroffen, die Bonner Heroinambulanz war in den drei Jahren ihre Studienlaufzeit völlig unauffällig.

Weiter Informationen und die Beschlussvorlage finden sie unter:
http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510517.htm

2. SPD und Bündnis 90 / Grüne fordern ein Rahmenkonzept zur Prävention und zum Umgang mit Suchterkrankungen Bonner Jugendlicher

Das dem Ausschuss vorgelegte Fogs-Gutachten (Gutachten der Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich zur Situation und Entwicklung der Hilfen für suchtmittelkonsumierende jungen Menschen) macht deutlich, dass ein dringender Handlungsbedarf bei Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe für Suchtmittel konsumierende junge Menschen in Bonn besteht. Die von der Verwaltung auf Grund des Fogs-Gutachtens vorgeschlagenen Maßnahmen reichen nicht aus, um der Dringlichkeit des Problems gerecht zu werden.

Daher fordern Grüne und SPD in einem gemeinsamen Antrag die Verwaltung auf, bis zur Sommerpause ein Rahmenkonzept zu erstellen, das die Fogs-Analyse noch einmal kritisch - gegliedert nach Alter, Personengruppen, ethnischer Herkunft und Suchtstoffen - nachbearbeitet, um schnellere und effektivere Maßnahmen gegen die Gefährdung Bonner Jugendlicher ergreifen zu können. Unter anderem soll eine stärkere Vernetzung aller möglichen Kooperationspartner von der Verwaltung initiiert werden. Außerdem wird die Verwaltung gebeten, ein Suchthearing durchzuführen.

Den Text des Antrages finden Sie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510459.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0412616.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/04/0412616AA3.htm

Bericht Suchtprävention/Suchtkrankenhilfe:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/pdf/04/0412616ED2.pdf

3. Der Bonn-Ausweis soll erhalten bleiben

Die Bonner SPD begrüßt ausdrücklich die Verwaltungsvorlage zum Erhalt des Bonn-Ausweises. Der Bonn-Ausweis mit seinen Vergünstigungen ist für die SPD eins der wichtigsten Elemente der sozialen Versorgung einkommensschwacher Bonnerinnen und Bonner. Gerade kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind vielfach auf die Vergünstigungen des Bonn-Ausweises angewiesen.

Trotz angespannter Lage im Bonner Haushalt soll der Bonn-Ausweis, der vielen in der Stadt Bonn erst die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, auch über den 1.4.2005 hinaus erhalten bleiben. Der Rat hatte schon im Dezember alle gültigen Ausweise bis zum 31.3.2005 verlängert. Kleinere Änderungen in den Richtlinien machen das möglich.

Die neuen Richtlinien für die Ausstellung des Bonn-Ausweises finden Sie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510626.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/pdf/05/0510626ED2.pdf

4. Neustrukturierung der Ambulanten Sprachheilhilfe

Mit der Entscheidung der Verwaltung, schwerpunktmäßig in so genannten „sozialen Brennpunkten“ Sprachheilambulanzen einzurichten, die von allen Kindern des Stadtteils genutzt werden können, setzt die Verwaltung endlich alte Forderungen der SPD um, Hilfsangebote sozialräumlich, an den Bedürfnissen der Bewohner und ihres Viertels orientiert, vor Ort anzubieten. Ebenso erfreulich ist die Verlagerung der Untersuchungen in den Vorschulbereich. Nur so ist es möglich, Fehlentwicklungen oder Behinderungen rechtzeitig zu entdecken und vor der Einschulung der Kinder zu beheben bzw. zu heilen. Weitere Informationen finden Sie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510182.htm

5. Nachbarschaften stärken - Verbesserung der Kooperation in den Stadtteilen - Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag "Nachbarschaften stärken - Kooperation ermöglichen" vorgelegt. In Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ist eine starke und funktionierende Nachbarschaft wichtig. Es geht darum, diese zu stärken und zu

unterstützen. Beratungs- und Hilfsangebote, die vielfach schon da sind, müssen vor Ort koordiniert werden, um Ressourcen zu sparen und effektiver zu arbeiten. Auch das beste bürgerschaftliche Engagement braucht Ansprechpartner. Vieles ist schon vorhanden, es muss nur gebündelt werden. Daher fordert die SPD-Fraktion, die Verwaltung auf, ein Programm zur Stärkung und Kooperation von Nachbarschaften zu entwickeln.
Antrag unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510641.htm

6. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen

Der Sozialausschuss tagt am 8. März 2005 um 17.00 Uhr im Sitzungsraum I im Stadthaus.

Die Tagesordnung der Sitzung unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510546TO.htm

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510546TO2.htm

7. Sitzung des Integrationsrates

Die nächste Sitzung des Integrationsrates findet am 9. März 2005 im Ratssaal des Stadthauses statt. Die Tagesordnung finden Sie unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510579TO.htm

8. Der Gesundheitsstandort Bonn wird ausgebaut

Der Gesundheitsstandort Bonn gewinnt weiter an Profil. Dr. Kregel hat beim Forum Gesundheit – Wirtschaft – Innovation NRW in Düsseldorf die Stärken und Chancen der Stadt Bonn als Gesundheitsstandort vorgestellt. Die Chancen liegen in den Bereichen Spitzenmedizin, Innovation und Technologieentwicklung. z. B. im Life and Brain Center der Unikliniken, bei den Technologieentwicklungen von GWI, bei der Telekom für Telemedizin und bei Caesar.

In Bonn hat sich eine AG Gesundheitswirtschaft gegründet, die folgende Ziele verfolgt:

- Bildung einer Kommunikationsplattform
- Vermarktung des Gesundheitsstandortes
- Bestandssicherung der bestehenden Einrichtungen und Unternehmen
- Erschließung von Wachstumspotentialen

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.presse-service.de/static/59/597955.html>

ebenso in der Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen am 8.03.2005 in der Mitteilungsvorlage: „Potenziale der Initiativen zur Gesundheitswirtschaft am Standort Bonn“ unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/05/0510376.htm

9. Das Regionale Schlaganfallbüro Bonn / Köln wurde in Bonn angesiedelt

Das regionale Schlaganfallbüro Bonn / Köln hat seinen Sitz im **Ambulanten Neurologischen Rehabilitationszentrum Bonn GmbH – ANR Bonn** – Graurheindorfer Straße 149 a, 53117 Bonn

Tel. 0228/308903-26, Fax 0228/308903/90

e-mail: schlaganfallbuero@anr-bonn.de

Das Schlaganfallbüro arbeitet eng mit der Stiftung Deutsche Schlaganfallhilfe in Gütersloh zusammen.

Seine Aufgaben sind:

Beratung von Patienten und Angehörigen in fachlichen und sozialrechtlichen Fragen,
Beratung über Risikofaktoren und Präventionsmaßnahmen,
Schlaganfallvor- und Nachsorge,
die Vermittlung von ambulanten und stationären Therapien,
Fort- und Weiterbildung für Patienten, Angehörige, Ärzte, Therapeuten, Pflegekräfte und Interessierte, Hilfe bei der Koordination von Selbsthilfegruppen, Öffentlichkeitsarbeit

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.schlaganfall-hilfe.de

10. Bonn declaration von der 1. Europäischen Konferenz zur Seniorenwirtschaft verabschiedet

Auf Initiative von Sozialministerin Birgit Fischer schlossen sich auf der Tagung acht europäische Regionen zu einem Netzwerk Seniorenwirtschaft zusammen. Ziel soll es sein, die Lebensqualität der älteren Mensch zu verbessern und zugleich wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Allein in Nordrhein-Westfalen, so die Ministerin, ist mit 100.000 neuen Arbeitsplätzen in der Wachstumsbranche Seniorenwirtschaft zu rechnen.

Die zweite Europäische Konferenz zur Seniorenwirtschaft wird in Maastricht stattfinden.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.silver-economy.de

11. Hinweise und Links:

▪ Rauchfrei-Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Die Telefonberatung der Bundeszentrale bietet von Montag bis Donnerstag 10 bis 22 Uhr und Freitag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr eine Telefonberatung zur Raucherentwöhnung und zu den gesundheitlichen Gefahren des Rauchens an. Eine neue amerikanische Studie belegt, dass weit mehr Erkrankungen, als bisher bekannt sind, durch Rauchen verursacht werden.

Telefon: 01805 / 31 31 31 (12 Cent/Minute)

www.rauchfrei-kampagne.de

Eine spezielle Jugendseite findet man unter:

www.rauch-frei.info

▪ „Armut macht krank“

dieser Satz gilt in der medizinischen Soziologie schon lange als Tatsache. Die WHO hat Risiken, die durch Armut und geringe Bildung begünstigt werden, analysiert. Die Risikoquoten sind in sozial schwachen Stadtvierteln höher: das Risiko für einen tödlichen Herzinfarkt um 30 %, ebenso sind die Risikoquoten für Krebserkrankungen, Herz-Kreislaufleiden, Asthma und Depressionen stark erhöht.

Schlechte Wohnverhältnisse, falsche Ernährung, Bewegungsmangel, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, sowie Überschuldung und starke Problembelastung werden u.a. als Gründe angeführt.

Mehr zum Thema:

www.euro.who.int/document/e80225g.pdf

▪ „Tiere öffnen Welten“ - Fachgerechter Einsatz von Tieren in der Altenhilfe

Dieses Weiterbildungsangebot des Diözesan-Caritasverbandes Köln und des Kuratoriums Deutsche Altershilfe greift auf die Forschungsergebnisse zurück, die u.a. an der Heilpädagogischen Fakultät der Universität Köln in der Forschungsgruppe „Tiere in Pädagogik integrieren“ entwickelt wurden.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten sind die positiven Effekte des Zusammenlebens von Menschen mit Tieren bekannt und erforscht. So werden etwa bei Demenzerkrankungen oft erfolgreich Hunde als „Türöffner“ eingesetzt, wenn Angehörige und Pflegekräfte keinen Zugang mehr zu den Erkrankten finden.

Nähere Informationen:

Kuratorium Deutsche Altershilfe:

www.kde.de

Universität Köln:

<http://test.godot-media.com>

www.thmev.de

▪ „Wohnen im Alter – Neue Wohnmodelle in Nordrhein-Westfalen“

Eine neue Broschüre der WohnBund-Beratung NRW GmbH. Anhand von allgemeinen Informationen und gelungenen Projektbeispielen wird das neue Förderangebot für Gruppenwohnungen und stationäre Pflegeplätze im Quartier in der sozialen Wohnraumförderung vorgestellt.

Bestellungen unter der Veröffentlichungs-Nr. W-403 bei den gemeinnützigen Werkstätten Neuss GmbH unter:
mswks@gwn-neuss.de

▪ **Informationen zu Hartz IV**

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: www.arbeitsmarktreform.de
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW: <http://www.hartz.nrw.de/>
Deutscher Gewerkschaftsbund: www.dgb.de/themen/hartz/hartz4.htm
Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen: www.erwerbslos.de
Weitere Internetangebote zu Hartz IV: www.myHartz4.de
Zu Hartz IV -Fragen steht auch **Bernhard von Grünberg**, MdL, und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, weiterhin im Rahmen seiner Sozial- und Mieterberatung (Donnerstag, 18 - 20.00 Uhr, Altes Rathaus am Markt) bzw. über sein Wahlkreisbüro Tel.: 0228/9695273, e-mail: bernhard@von-gruenberg.de „Hartz IV“-Beratung zur Verfügung. Eine vorherige Terminabsprache ist sinnvoll.

Zu den Arbeitsmarktzahlen

Bundeskanzler Gerd Schröder:

<http://www.bundesregierung.de/Politikthemen/Arbeitslosengeld-II-Hartz-IV/Nachrichten-11870.795468/artikel/Schroeder-Reformen-am-Arbeitsm.htm>

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement:

<http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Presse/reden-und-statements,did=59652.html>

Zur Arbeitsmarktstatistik:

<http://www.bmwa.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/Arbeitsmarktstatistik-Februar-2005,property=pdf.pdf>

▪ **Düsseldorfer Erklärung „Chancen für den ersten Arbeitsmarkt erhöhen“**

Tarifparteien, Kammern, die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, die Kommunalen Spitzenverbände sowie NRW Sozialministerin Birgit Fischer und Wirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau haben diese Erklärung unterzeichnet.

Bei den sogenannten Zusatzjobs sollen folgende Punkte beachtet werden:

- Arbeitsgelegenheiten sind möglichst berufsnah als Bausteine einer Integrationsstrategie zu organisieren
- Jugendliche und junge Erwachsene sind besonders zu fördern
- die entstehenden Zusatzjobs dürfen keine reguläre Arbeit verdrängen
- Konzeption und Umsetzung vor Ort ist in die Begleitstrukturen der Sozialpartner einzubetten

Den Wortlaut der Erklärung finden Sie unter:

http://www.presseservice.nrw.de/01_textdienst/11_pm/2004/q4/20041222_01.html

▪ **Newsletter der SPD-Fraktion**

Neben diesem Newsletter gibt es noch weitere Newsletter sowie den "newsletter der SPD-Ratsfraktion" mit allen Themen der Fraktionsarbeit. Die Newsletter finden sie auf der Homepage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn unter:

<http://www.spd-bonn-im-rat.de/.net/html/8447/welcome.html>

Alle newsletter können bestellt werden unter: spd.ratsfraktion@bonn.de oder unter ursula.luehrs.spd@bonn.de

▪ **Weltjugendtag vom 15.8. - 20.8. 2005 "Herberge gesucht"**

Es werden nach wie vor dringend Unterkünfte in Bonn für den Weltjugendtag gesucht. Weitere Infos unter:

<http://www.wjt2005.de/index.php?id=389&si=0>

<http://www.wjt2005.de/index.php?id=5&si=0>

Impressum: Barbara Ingenkamp, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnungswesen, Tel.: 0228/328866, e-mail: b.ingenkamp@freenet.de

Bernhard von Grünberg, MdL, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Tel.: 0228/ 9695273, e-mail: bernhard@von-gruenberg.de